

Nr. 17/954**Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011**

Mitteilung des Senats vom 16. Juni 2009

(Drucksache 17/835)

2. Lesung

D a z u

Anträge und Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

(Drucksachen 17/999 bis 17/1013, 17/1033 [Neufassung der Drs. 17/1014], 17/1015 bis 17/1032, 17/1079, 17/1083 bis 17/1086, 17/1098) und der Fraktion DIE LINKE. (Drucksachen 17/1051 bis 1058, 1105, [Neufassung der Drs. 17/1059], 1106 [Neufassung der Drs. 17/1060], 17/1061 bis 17/1070, 17/1107)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungsanträgen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Drucksachen 17/999 bis 17/1013, 17/1033 [Neufassung der Drs. 17/1014], 17/1015 bis 17/1025 und 17/1083 bis 17/1085) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE. (Drucksachen 17/1051 bis 17/1058, 17/1105 [Neufassung der Drs. 17/1059], 17/1106 [Neufassung der Drs. 17/1060], 17/1061 bis 17/1068 und 17/1107) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nr. 17/1026 wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, die im Produktgruppenhaushalt 2010/2011 enthaltenen Angaben (Basisinformationen, Angaben zum Ressourceneinsatz, zu den Leistungszielen/-kennzahlen, Vergleichszahlen, Kapazitätsdaten etc.) in den Fällen anzupassen, in denen

1. im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsberatungen für die Jahre 2010/2011 eine Veränderung von Produktbereichs- bzw. Produktgruppenbudgets in einem für das jeweilige Budget erheblichen Umfange erfolgte,
2. zu den Personaldaten aktuellere Angaben zum voraussichtlichen Personalbestand in den Jahren 2010/2011 vorliegen,
3. zwischenzeitlich von den Ressorts neue bzw. aktualisierte – den Informationsgehalt der vorliegenden Produktbereichs- bzw. Produktgruppenblätter verbessernde – Angaben erarbeitet werden konnten.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den Haushaltsplan für das Jahr 2010.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den Produktgruppenhaushalt für das Jahr 2010.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungsanträgen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Drucksachen 17/1027 bis 17/1030) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. (Drucksache 17/1069) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den Stellenplan für das Jahr 2010.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den Produktgruppenstellenplan für das Jahr 2010.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Darlegungen zur Begründetheit der Ausgaben im Zusammenhang mit einer Überschreitung der Höchstgrenze für Kreditaufnahme (Artikel 131 a LV) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungsanträgen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD (Drucksachen 17/1031, 17/1032, 17/1079, 17/1086 und 17/1098) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. (Drucksache 17/1070) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Haushaltsgesetz 2010 in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die zweite Lesung des Haushaltsgesetzes 2011.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Haushaltsplan, den Produktgruppenhaushalt, den Stellenplan, den Produktgruppenstellenplan, die Darlegungen zur Begründetheit der Ausgaben im Zusammenhang mit einer Überschreitung der Höchstgrenze für Kreditaufnahme (Artikel 131 a LV) und das Haushaltsgesetz für das Jahr 2011 zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 17/955

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011, Mitteilung des Senats vom 16. Juni 2009, Drs. 17/835

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 14. Dezember 2009
(Drucksache 17/1108)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Nr. 17/956

Finanzplan 2009 bis 2013 der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 18. August 2009
(Drucksache 17/891)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Finanzplan 2009 bis 2013 der Freien Hansestadt Bremen Kenntnis.

Nr. 17/957

Wirtschaftspläne 2010/2011 der Eigenbetriebe, Sonstige Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts

Mitteilung des Senats vom 25. August 2009
(Drucksache 17/900)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Wirtschaftsplänen 2010 der Eigenbetriebe, Sonstige Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts zu und überweist die Wirtschaftspläne 2011 der Eigenbetriebe, sonstige Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts zurück an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 17/958

Eingliederung von behinderten Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt verbessern

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 11. November 2009
(Drucksache 17/998)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Möglichkeiten der Instrumente: „Budget für Arbeit“, „Unterstützte Beschäftigung“ und „Job Budget“ zu prüfen.
2. der Bürgerschaft (Landtag) die Ergebnisse des Prüfauftrages innerhalb der nächsten drei Monate mitzuteilen und ein Konzept zur Einrichtung dieser Instrumente vorzulegen.

Nr. 17/959

Schwerlasthafen für die Offshore-Windenergiewirtschaft

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 18. November 2009
(Drucksache 17/1047)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, Bremerhaven als ein Zentrum der Windenergie-Offshorewirtschaft gezielt weiterzuentwickeln.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) befürwortet die Errichtung eines Schwerlasthafens als zukunftsichernde Ergänzung der vorhandenen guten branchenspezifischen Infrastruktur, um die Position Bremerhavens auch im Standortwettbewerb nachhaltig zu festigen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, die begonnene Prüfung der Standorte zügig abzuschließen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, zeitgleich mit der Standortprüfung ein Finanzierungskonzept zu erarbeiten, das folgenden Grundsätzen folgt:
 - a) Die Realisierung des Schwerlasthafens und notwendiger Nebenanlagen, wie Lagerflächen und Montageplätze, wird von privaten Investoren finanziert. Planungs- und andere für dieses Projekt unerlässliche Vorlauf- oder Nebenkosten gelten als Bestandteil der Investition.
 - b) Soweit Kosten schon vor der Verpflichtung privater Investoren unabweisbar entstehen, werden diese entsprechend zwischenfinanziert und später von privaten Investoren übernommen.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sie regelmäßig über den Fortgang der das Projekt betreffenden Prüfungen, Planungen und Entwicklungen zu unterrichten.

Nr. 17/960

Haushalte 2010/11 ablehnen – Mit Mut und Kraft Schwerpunkte für die Zukunftsfähigkeit Bremens und Bremerhavens setzen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. Dezember 2009
(Drucksache 17/1096)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/961

Steuergerechtigkeit statt Steuergeschenke

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. Dezember 2009
(Drucksache 17/1103)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich gegen die geplanten Steuersenkungen aus. Der Senat wird daher aufgefordert, im Bundesrat gegen das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ zu stimmen.
2. Eine zukunftsorientierte Finanzpolitik verlangt den konsequenten Erhalt und Erweiterung der notwendigen Einnahmehasis für Bund, Länder und Kommuni-

nen. Hierzu wird der Senat aufgefordert, sich bei anstehenden Beratungen im Bundesrat und auch auf allen weiteren Ebenen für nachfolgende Positionen einzusetzen:

- Die im internationalen Vergleich geringe Besteuerung von Vermögenden ist anzuheben.
 - Die von der Bundesregierung geplante weitere Änderung der Erbschaftsteuer ist abzulehnen. Vielmehr ist eine Reform der Erbschaftsteuer anzustreben, die die stärkere Heranziehung größerer Erbschaften zum Ziel hat.
 - Zur gerechten Verteilung der finanziellen Lasten aus der Finanz- und Wirtschaftskrise und um neue dauerhafte Einnahmequellen für die öffentliche Hand zu schaffen, ist die Einführung einer Finanztransaktionssteuer erforderlich.
3. Der Senat wird aufgefordert, sich im Bundesrat für eine faire Kostenverteilung an den Kosten der Unterkunft und der Grundsicherung im Alter nach § 46 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch einzusetzen. Die in der Vergangenheit erfolgte Absenkung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft hat im Vergleich zu dem im Gegenzug vereinbarten Bundesanteil an den Kosten der Grundsicherung im Alter zu einer erheblichen dauerhaften Mehrbelastung der kommunalen Haushalte geführt. Die ursprünglich vereinbarte und notwendige dauerhafte Entlastung der Kommunen hat sich in das Gegenteil verkehrt.
 4. Zur Stärkung der öffentlichen Finanzen und für ein gerechtes Steuersystem ist eine effiziente Finanzverwaltung zur Erhebung von Steuereinnahmen und Bekämpfung von Steuerbetrug unabdingbar. Der Senat wird aufgefordert, alle organisatorischen und personellen Maßnahmen im Rahmen der Reform der Finanzämter (beispielsweise Projekt „Finanzamt 2010“, mittelfristiges Ausbildungskonzept) weiter voranzubringen.

Nr. 17/962

Haushalte für 2010 und 2011 nicht zukunftsorientiert – grundlegende Überarbeitung zwingend geboten

Antrag der Fraktion der FDP
vom 15. Dezember 2009
(Drucksache 17/1115)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.